

PRO CHEMNITZ / Freie Sachsen

Ratsfraktion

Rathaus Chemnitz
Am Markt 1 | Zimmer 105 | 09111 Chemnitz
Ruf: 0371 / 488 1335
Ruf: 0371 / 488 1392

E-Mail: prochemnitz.fraktion@stadt-chemnitz.de

Chemnitz, den 28. Juli 2023

**Einige Bemerkungen zur Angelegenheit der Familie Pham und zur Stadtratsvorlage:
BA-043/2023 „Aufenthaltserlaubnis für Familie Pham/Nguyen“ vom 07.06.2023**

Wie sich der Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze (SPD) und die CDU um Einwohner unserer Stadt kümmern

1987, vor 36 Jahren, als Chemnitz von der sozialistischen Obrigkeit noch Karl-Marx-Stadt genannt wurde, kam Herr Pham Phi Son als vietnamesischer Vertragsarbeiter in unsere Stadt.

Seit 36 Jahren, ein halbes Leben lang, lebt und arbeitet er in Deutschland.

Nach letztem Stand ist Herr Pham in Deutschland noch geduldet.

Seine Frau und seine sechsjährige Tochter Emilia, die in Chemnitz geboren wurde, sollen jedoch aus Deutschland ausgewiesen werden.

Das kam so:

Im Jahr 2015 reiste Herr Pham in seine alte Heimat und ließ sich dort operieren. Statt der vorgeschriebenen sechs Monate kam er erst nach neun Monaten zurück.

Genau zur selben Zeit, 2015, hatte die deutsche Kanzlerin, Frau Merkel, gegen den Willen eines erheblichen Teils der deutschen Bevölkerung, gegen geltendes Recht und ohne Kontrollen durchzuführen, die Grenzen geöffnet.

Zuvor hatte sie mit Videos, die in alle Welt verteilt wurden, damit geworben, dass hunderttausende Ausländer nach Deutschland kommen sollten.

Als „Einreiseformalität“ reichte, dass die Ausländer, die von der Regierung als „Flüchtlinge“ bezeichnet wurden, das Wort „Asyl“ sagen konnten.

Zehntausende Menschen wurden mit Sonderzügen aus Budapest nach Deutschland geholt und in München und anderen westdeutschen Städten von Teddybärwerfern und Bahnhofsklatschern begrüßt.

Dem deutschen Volk wurde erklärt, die da kämen, wären dringend benötigte Fachkräfte.

Kurze Zeit später stellte sich heraus, dass die Flüchtlinge, die keinen Cent in die deutschen Sozialsysteme eingezahlt haben, überwiegend unqualifiziert sind und viele bis an ihr Lebensende von den Deutschen versorgt werden müssen.

Mit den Folgeerscheinungen dieser Masseneinwanderung: 21 000 Messerattacken allein 2022, 60 an jedem einzelnen Tag (laut Alice Weidel in der Bundestagsdebatte im Juli 2023), sollen wir jetzt leben.

Zur selben Zeit wurde die Rückreise von Herrn Pham aus Vietnam nach Deutschland für ihn später zum Verhängnis:

Als er 2018 (nach drei Jahren) für seine Tochter einen Reisepass beantragen wollte, wurde von der **Chemnitzer Pass- und Meldebehörde** festgestellt, dass er 2015 drei Monate zu lange außer Landes gewesen war.

Daraufhin entzog ihm die Ausländerbehörde der Stadt Chemnitz sämtliche Aufenthaltsrechte.

Das hatte für Herrn Pham drastische Folgen:

Er durfte nicht mehr arbeiten, sein Chef musste ihm kündigen.

Aus Angst vor einer Abschiebung tauchte die Familie Pham für zwei Jahren unter - wie **n-tv** am 13.03.2023 schrieb.

Das Untertauchen wäre, wie Herr Pham danach gesagt hat, ein Fehler gewesen.

Zum zweijährigen „Untertauchen“ muss festgestellt werden, dass es sehr merkwürdig ist, dass die viertausendköpfige Stadtverwaltung, obwohl sie sonst über uns Bürger fast alles weiß, nicht festgestellt hat.

Da stellen sich Fragen: Wo waren sie untergetaucht? Wovon haben sie gelebt?

Selbstverständlich hätte ihm und seiner Familie die Ausländerbehörde der Stadt Chemnitz, die dem Oberbürgermeister Sven Schulze untersteht, aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilen können.

Die Ausländerbehörde weigerte sich aber, da - wie sie behauptete hat – im Gegensatz zu den hunderttausenden „Flüchtlingen“ die nach Deutschland gekommen sind - hierfür keine Grundlage vorliege.

So sind eben die Chemnitzer Behörden. Es sind Bürokraten.

Sie genehmigen zehntausenden Ausländern Asyl in unserer Stadt.

Diese Ausländer haben keinen Euro in die Sozialsysteme eingezahlt. Sie werden in gut ausgestatteten Wohnungen untergebracht und erhalten Bürgergeld.

Und gleichzeitig will die Ausländerbehörde einen ausländischen Bürger abschieben, der seit vielen Jahrzehnten hier lebt, arbeitet und keine Forderungen an die Stadt stellt.

Und der Herr Oberbürgermeister Sven Schulze (SPD), dem die Ausländerbehörde der Stadt untersteht, hätte natürlich seinen Ermessensspielraum nutzen und den Chef der Ausländerbehörde, dem Bürgermeister Herrn Sven Kunze, anweisen können, entscheiden Sie: Die Familie Pham bleibt hier!

Aber leider wollte das der Herr Oberbürgermeister nicht.

Und auch der sächsische Ausländerbeauftragte (!) Geert Mackenroth, ein CDU-Parteifreund vom sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer, der nach der Wende aus Bremen nach Sachsen kam um hier zu „helfen“, hat zweimal mit seiner „Härtefallkommission“, der er vorsteht und wofür er sicher eine gute Vergütung erhält, eine dauerhafte Aufnahme der Familie Pham abgelehnt.

Der „Fall Pham“ beschäftigte wegen seiner schreienden Ungerechtigkeit – wie das hier viele Menschen empfinden - seit vielen Monaten die Öffentlichkeit und auch die Politik.

Der sächsische Flüchtlingsrat hat im August 2022 eine Petition für Pham gestartet, die 105 000 Menschen bis Mai 2023 unterschrieben hatten.

Im Mai 2023 hat die dem **Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze** unterstehende **Chemnitzer Ausländerbehörde** – laut „FP“ vom 15. Juni 2023, Seite 9 - **entschieden**, dass Herr Pham weiterhin geduldet wird, (es ist nicht bekannt, wie lange ?), aber seine Frau und die hier geborene Tochter nach Vietnam ausreisen müssen.

Am **7. Juni 2023** hatten drei Fraktionen des Chemnitzer Stadtrates zur Behandlung während der nächsten Sitzung am **28. Juni 2023** den **Beschlussantrag Nr. BA-043/2023 „Aufenthaltserlaubnis für Familie Pham/Nguyen“** beim Oberbürgermeister eingereicht und den OB gebeten, dass der Familie Pham eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.

Die Migrationsbeauftragte der Stadt Chemnitz – **Etelka Kobuß** – hat mit Stellungnahme vom 12.06.2023 den Beschlussantrag begrüßt und unterstützt ihn.

Der Chemnitzer Bürgermeister für Recht, Sicherheit und Umweltschutz – der ehemalige Polizeioffizier Knut Kunze – hat in seiner Stellungnahme vom 16.06.2023 allen Stadträten mitgeteilt, der Beschlussantrag wäre zulässig und abstimmungsfähig, aber er müsse abgelehnt werden - nur so ist seine wenig verständliche Stellungnahme zu verstehen, die nachfolgend zitiert wird:

„Nach Kenntnis der Ausländerbehörde liegt dem Vorsitzenden der Sächsischen Härtefallkommission eine erneuter Härtefallantrag des Sächsischen Flüchtlingsrates zu für Herrn Pham, Frau Nguyen und die minderjährige Tochter Emilia seit den 01.06.2023 vor.

Der Vorsitzende prüft nunmehr das Vorliegen von Ausschlussgründen.

Nach § 3 Abs. 1, Nr. 4 SächsHFKO eine erneute Befassung der Härtefallkommission nur dann möglich, wenn sich die Sach- und Rechtslage wesentlich zugunsten des Ausländers geändert hat, nachdem die Härtefallkommission bereits über den Fall entschieden hatte.“

Knut Kunze
Bürgermeister

Der Beschlussantrag der Chemnitzer Stadtratsfraktionen, die die Vorlage in den Stadtrat eingebracht haben, wird unter anderen so begründet:

„Nachdem die Klärung dieser aufenthaltsrechtlichen Angelegenheit eine Weisungsaufgabe des Oberbürgermeisters ist, die nach § 53 Abs. 3 SächsGemO auf Grund der Organkompetenz nur in eigener Zuständigkeit zu erledigen ist, begehren die einbringenden Fraktionen aus den im Ausgangsantrag dargelegten Gründen und Erwägungen ein Votum des Chemnitzer Stadtrates, die Sächsische Härtefallkommission zu bitten, diese Sache in eigener Befassung erneut zu prüfen und der betroffenen, in Chemnitz wohnhaften Familie aus dringenden humanitären Gründen ein Bleiberecht einzuräumen bzw. das Staatsministerium des Innern um eine dahingehende Eilentscheidung zu ersuchen.“

Am 28. Juni 2023, morgens, konnte man in einem längeren redaktionellen Artikel der „**Freien Presse**“ auf Seite 9 einleitend lesen:

„Überraschend hat die Stadt mitgeteilt, dass die Familie [Pham] die Stadt verlassen möchte. Sie hätte in Berlin bessere berufliche Perspektiven. Damit wären andere Behörden zuständig.“

Im Artikel wird dann ausgeführt, das sei eine nachvollziehbare Entscheidung.

Der Weggang nach Berlin spreche für die Verzweiflung der Familie. Das Vertrauen auf eine Chance in Sachsen sei nicht mehr gegeben.

Die Behörden hätten die Verantwortlichkeiten hin und her geschoben und „**Behörden Ping-Pong**“ mit der Familie gespielt.

Die Familie hoffe nun, dass die Berliner Behörden entscheiden, dass die Familie in Deutschland bleiben darf.

Danach, 9 Stunden später, am 28. Juni 2023, hat ab 15:00 Uhr der Chemnitzer Stadtrat getagt.

Etwa 2 Minuten nach Eröffnung der Stadtratssitzung **hat die Kreisvorsitzende der CDU, die Landtagsabgeordnete und Stadträtin Ines Saborowski**, die seit 1999 der von Frau Merkel von 2000 bis 2018 geleiteten CDU angehört, einen Antrag zum Beschlussantrag **BA-043/2023 - „Aufenthalts-erlaubnis für Familie Pham/Nguyen“** gestellt.

Sicher kannte sie oder ein anderer CDU-Stadtrat schon den „Freie Presse“- Artikel.

Der Antrag von Frau Saborowski ist aus **Anlage 2 - dem Auszug aus dem Wortprotokoll von der Stadtratssitzung vom 28. Juni 2023 – ersichtlich.**

Sie hat zum Beschlussantrag „Aufenthalts-erlaubnis für Familie Pham/Nguyen“ (den drei andere Fraktionen als Eilantrag eingereicht hatten) gesagt:

„Da möchten wir gerne eine Beratung im nichtöffentlichen Teil im Verwaltungs- und Personalausschuss.

Weil, wir haben dazu an und für sich nur Zeitungsinformationen.

Uns liegen keine objektiven Informationen zu dem Sachverhalt vor und wir möchten uns hier tiefgründig mit der Angelegenheit befassen und beantragen daher die nichtöffentliche Beratung.“

Das erstaunt, denn spätestens **seit August 2022** haben die Medien vielfach von der Angelegenheit „Pham“ berichtet, auch die Chemnitzer „Freie Presse“.

Die CDU hätte also genügend Zeit gehabt, sich mit der Chemnitzer Angelegenheit „Pham“ zu befassen.

Wie schon erwähnt, hat die „FP“ am 15. Juni 2023 (**13 Tage vor der Stadtratssitzung**) berichtet, dass die Chemnitzer Ausländerbehörde **entschieden hat**, dass Herr Pham weiterhin geduldet wird, aber seine Frau und die hier geborene Tochter ausreisen müssen.

Aufgrund der Sommerpause des Chemnitzer Stadtrates war die nächste Sitzung des „Verwaltungs- und Sozialausschusses“ für den 7. September 2023 geplant.

Warum Frau Saborowski in dieser eiligen Situation den Antrag gestellt hat, die diesbezügliche Beratung um über zwei Monate zu verschieben, soll hier nicht weitergehend untersucht werden.

Dass Frau Saborowski am 28. Juni 2023 jedoch erklärt, die CDU-Chemnitz hätte zum Fall „Pham“ nur Zeitungsinformationen und ihr lägen keine *„objektiven Informationen zu dem Sachverhalt vor“*, und sie möchte sich **tiefgründig** mit der Angelegenheit befassen, **ist sehr verwunderlich.**

Wenn Frau Saborowski damit allerdings gemeint haben sollte, **die Informationen der „Freien Presse“ wären nicht objektiv**, möchte ich ihr nicht widersprechen, denn die Montagsdemonstranten, die vielfach zu tausenden seit Jahren in der Brückenstraße am Verlagshaus der „Freien Presse“ vorbeiziehen, rufen immer wieder vielstimmig: **„Lügenpresse, Lügenpresse, Lügenpresse“.**

Der Sachverhalt „Pham“ ist jedoch so einfach, dass ihn auch Frau Saborowski verstehen können müsste.

Denn, als gut verdienende CDU-Landtagsabgeordnete (etwa 6.200 Euro Diäten plus 4.000 Euro Aufwandspauschale, monatlich) hat sie keine andere Aufgabe als die Landtagsvorlagen der von der CDU geführten Landesregierung abzunicken und die der Opposition abzulehnen.

Ähnlich ist es auch im Chemnitzer Stadtrat, wo häufig fragwürdige und überteuerte Bauvorhaben von den linken „Demokraten“ beschlossen werden und viel unnützes Zeug geredet und beschlossen wird.

Sich zum Sachverhalt „Pham“ sachkundig zu machen, da hatte die CDU mindestens ein Jahr Zeit. Der Vorgang hat sie offenbar jedoch nicht interessiert.

Dann muss festgestellt werden: **Die Beschlussvorlage „Pham“ hat nicht die CDU-Fraktion eingereicht.**

Als wirklicher Demokrat muss man erwarten können, dass über diese Beschlussvorlage – gleich wer sie eingereicht hat – erst diskutiert und danach darüber abgestimmt wird.

Die CDU-Kreisvorsitzende Frau Saborowski stellt jedoch zwei Minuten nach Eröffnung der Stadtrats-sitzung den Antrag, die Beschlussfassung zur dringenden Vorlage „Pham“ um zwei Monate zu verschieben.

Der Herr Oberbürgermeister, der zur sachgemäßen Durchführung der Stadtratssitzungen verpflichtet ist, hat danach den Antrag von der CDU als „Geschäftsordnungsantrag“ bezeichnet und darüber abstimmen lassen.

Die CDU-Kreisvorsitzende Frau Saborowski, der Herr Oberbürgermeister und 19 weitere Stadtratsmitglieder, vor allem von der CDU, haben da für die Vertagung gestimmt.

Soviel zum Demokratieverständnis von der CDU-Fraktion und des Oberbürgermeisters.

Die einreichenden Fraktionen sollten prüfen, ob die Verschiebung zulässig war.

Am 21.07.2023 hat nun die „Freie Presse“ berichtet: **„Fall Pham: Familie hat Chemnitz verlassen.“**

Damit ist die Angelegenheit „Pham“ für Chemnitz erledigt. Die „Angelegenheit“ muss nun nicht mehr im Verwaltungs- und Sozialausschuss beraten werden.

Wir wünschen der Familie Pham, dass sie in Berlin eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erhält.

In dieser Angelegenheit ging es um Menschlichkeit – und da hat vor allem der Herr Oberbürgermeister versagt, **der sonst immer von einer toleranten und weltoffenen Stadt Chemnitz redet**, die europäische Kulturhauptstadt 2025 werden soll und Gäste von überall her einlädt.

Unterschriften

.....

PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen